

Buchloer Hofnarr



Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 156 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 09.12.2023

Was würde ich tun, wenn ich so leben müsste?

Aus dem fiktiven Tagebuch eines Bauern. Ich darf in kein anderes Land ausreisen, da ich dort wegen meiner Herkunft und Religion unter Terrorismusverdacht stehe. Meine Felder kann ich nur bearbeiten, wenn meine neuen Nachbarn, welche sich ihr Land illegal angeeignet haben, mich nicht sehen oder einmal nicht sehen wollen. Sonst besteht die Gefahr, dass sie auf mich schießen oder meine landwirtschaftlichen Maschinen anzünden, denn sie wollen auch mein Land besitzen und versuchen alles um mich zu vertreiben. Sie haben völkerrechtlich überhaupt kein Recht hier zu sein, werden aber von ihrer Regierung geschützt, da sie die richtige Religion und eine militante Gesinnung haben. Wenn ich mir auch eine Waffe besorgen und offen tragen würde – so wie meine jüdischen Nachbarn – dann würde ich festgenommen oder sofort als Terrorist erschossen. Ich frage mich oft, wie ich mich gegen dieses Unrecht wehren kann, aber vor Gericht finde ich kein Gehör. Meine Kinder haben in diesem Land, das vor 80 Jahren überwiegend von meiner Bevölkerungsgruppe bewohnt wurde und uns dann in großen Teilen ersatzlos genommen wurde um Unrecht, welches von anderen begangen wurde, auszugleichen, keine Zukunft, denn die Schulen und Universitäten, welche sie besuchen dürfen, sind unterfinanziert und Arbeit bzw. Ausbildung für junge Menschen ist selten, da es kaum Investitionen in unser Land gibt. Wenn einer (Kind, Frau, Mann oder Alte) aus meiner Volksgruppe getötet wird, dann geschieht das immer im Namen der Gerechtigkeit. Manche jungen Menschen wollen nicht mehr so hilflos leben und greifen zu Gewalt um eine Änderung der Lebenssituation zu erzwingen. So werden sie zu Terroristen und sie töten häufig unschuldige Zivilisten, wofür sie zu Recht international verfolgt und geächtet werden. Bei der Verfolgung dieser Terroristen aus meiner Volksgruppe greift der israelische Staat zu Mitteln, welche über einen längeren Zeitraum gesehen ca. 20-mal so viele zivile Tote unter meiner Bevölkerungsgruppe verursachen, als die Terroristen umbrachten. Da hier statt Strafverfolgung und Gerechtigkeit einfach nur Rache gesucht wird, wenden sich noch mehr junge Menschen, welche ihre Mütter, Väter, Großeltern und Geschwister im Bombenhagel sterben sahen den Terroristen zu. Ein Teufelskreis! Er könnte nur durchbrochen werden, wenn die „Stärkeren“ auf Rache und die Vernichtung unserer Infrastruktur (Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung, Straßen, ...) verzichten würden und wir endlich eine Perspektive auf ein selbstbestimmtes sicheres Leben im eigenen Land hätten. Politische Unterstützung aus dem Ausland bekommt meine Bevölkerungsgruppe in der Regel nicht. Finanzielle Unterstützung kommt immer wieder an, besonders wenn Israel viel bei uns zerstört hat, damit werden wir in unserer Rolle als Hilfsempfänger gehalten, denn unsere unsichere Situation wird damit nicht beseitigt. Wir wollen politische Unterstützung gegen einen Staat Israel der, wenn es gegen uns Palästinenser geht, seit der Staatsgründung permanent gegen das Völkerrecht verstößt und die Menschenrechte unserer Zivilbevölkerung nicht nur mit Füßen tritt, sondern mit Bomben auslöscht.

Söder*in

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder*in kümmert sich zur Zeit um alles Wichtige in Bayern und Deutschland persönlich.



Bildquelle: noz.de

Zuallererst löst er die durch PISA bestätigte Schwäche des deutschen und damit auch bayerischen Schulsystems durch ein Verbot des „Genderns“ in Schulen. Was wird zukünftig also noch erlaubt oder verboten sein? Schülerinnen und Schüler? Schüler*innen? Schüler:innen? Wie soll das Verbot überwacht werden und wie sollen Lehrkräfte (darf man dann überhaupt noch Lehrkräfte sagen oder muss das generische Maskulinum „Lehrer“ verwendet werden?), welche sich nicht an das Verbot halten, überführt und bestraft werden? Wird nur das schriftliche Gendern verboten oder auch das mündliche? Wird die Sprachzensur zur Entlassung von Lehrer:innen führen? Ist es besser noch weniger Lehrer*innen zu haben als gendernde Lehrkräfte? Was passiert mit den Schülern, denen bereits vor dem Verbot des Genderns durch gendernde Lehrer und Lehrerinnen die Zukunft genommen wurde? Werden sich durch ein Verbot des Genderns in Schulen die Leistungen in Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften steigern und neue Lehrer:innen finden lassen? Wenn ja, warum und wieso hat er diesen Joker nicht früher gezogen?

Die Energie-, Energiepreis- und Umweltprobleme will er durch den Bau neuer Atomkraftwerke lösen. Denn nur die laut Energiewirtschaft und Wissenschaft teuerste aller Arten Energie zu erzeugen – die Atomkraft – ist geeignet die Energiepreise dauerhaft zu senken. Ein rechtzeitiger und verstärkter Ausbau der Stromnetze um den jetzt schon konkurrenzlos günstigen Windstrom von der Nord- und Ostseeküste zu verwenden, wäre da kontraproduktiv. Warum ohne Abgase Strom regional mit Wind und Sonne produzieren, wenn man sich durch die Kernspaltung in Abhängigkeit von Uran produzierenden Ländern begeben kann und die Möglichkeit hat, auch den nächsten tausend Generationen strahlenden Müll zu hinterlassen.

Der Ministerpräsident Bayerns ist mit seiner CSU stolz darauf die Pläne der EU zur Gebäudedämmung und Energieeinsparung und damit zur langfristigen Kosteneinsparung für Verbraucher erfolgreich torpediert

zu haben, denn Umweltschutz darf auf keinen Fall auf Kosten von Geschäftsmodellen der „Fossilen“ Industrie bzw. der traditionellen energieverschwendenden Bauindustrie gehen.

Der Ministerpräsident muss sich um Christbäume bzw. Nicht-Christbäume in Hamburger Kitas kümmern auch wenn die Berichte darüber Fake-News sind, denn wichtig ist man nur, wenn man sich zu jedem Scheiß äußert. Dies wurde von Django Asyl vor vielen Jahren schön als „södern“ bezeichnet und trifft bis heute zu.

Die CSU klagt gegen die Veränderung des Wahlrechts durch die Ampel-Regierung bei den nächsten Bundestagswahlen, obwohl in Bayern dieses Wahlrecht, welches im Bund eingeführt werden soll, schon lange gilt. Wahrscheinlich ein PISA – Schock! Zwei und zwei ist nicht überall vier!

Die Politik der Söder*in ist geprägt von drei Grundsätzen:

1. Wenn etwas in Bayern gut ist, dann ist automatisch Ministerpräsident Söder dafür verantwortlich, auch wenn die Gesetze und/oder das Geld dafür aus Berlin von der Ampelregierung kommen.
2. Wenn etwas in Bayern nicht gut ist, dann ist vollumfänglich die in Berlin regierende Ampelregierung verantwortlich auch wenn im föderalen Staat die Aufgabe und Finanzierung die Zuständigkeit des Bundeslandes Bayern wäre, denn nichts ist ungerechter, als wenn man für die eigenen Gestaltungsbereiche auch noch selbst verantwortlich wäre oder sogar bezahlen müsste.
3. Was in Bayern erlaubt ist, kann im Bund durchaus verboten sein, wenn es der CSU nützt.

Solange sich der bayerische Landesvater so um sein Land Bayern und seine „Kinder“ kümmert, muss man sich keine Sorge um nicht vorhandenen Wohnungsbau, Flächenversiegelung, Umweltschutz, Klimawandel, Personalmangel oder sonstige Problemchen machen. Einem echten Vater würden bei so einem Verhalten die Kinder vom Jugendamt weggenommen und in Pflegefamilien untergebracht. Die „Kinder“ des Landesvaters Söder haben ihn allerdings wiedergewählt, da sie sich in dieser unsozialen, verantwortungslosen und Probleme verdrängenden Umgebung wohlfühlen, denn nur hier kann man weiter als Umweltsau leben und die Schuld aller anderen am Klimawandel und der Nicht-Veränderung der Umstände bejammern.

Die Hoffnung, die CSU würde sich nach dem Landtagswahlkampf und der erfolgreichen Wiederwahl auf richtige Politik, welche die Probleme der Menschen in Bayern verkleinert, besinnen, hat sich leider nicht erfüllt, denn die Europawahl steht 2024 vor der Tür und bis dahin hat die CSU mit ihren Führungskräften keine Zeit sich um die Menschen in Bayern zu kümmern, denn die Ampel-Regierung in Berlin (welche nichts mit der EU zu tun hat) und die EU mit ihrer CDU – Kommissionspräsidentin von der Leyen zu beschimpfen und für eigenes Versagen verantwortlich zu machen, ist schließlich ein Vollzeitjob, den irgendjemand machen muss. Auch danach wird kaum Zeit sein etwas für die Menschen in Bayern bzw. gegen ihre Probleme zu tun, denn in der kurzen Zeit bis zur Kommunalwahl 2026 in Bayern muss die Regierung auch mal durchatmen.

Warum kommen die Freien Wähler als Mitregierungspartei in diesem Text nicht vor? Kein einziger vernunftbegabter Mensch hatte jemals erwartet, dass diese Partei etwas zu Lösung bayerischer Probleme beiträgt, denn Primaten können besser raufen als denken.